



Beschlussauszug aus der Sondersitzung des Bau-, Umwelt- und Vergabeausschusses vom 17.12.2024

Öffentlicher Teil

TOP 3.1 Antrag der Fraktion BFH: Bericht über Maßnahmen der Stadt angesichts der Trinkwasserkontamination im Stadtgebiet

AM Loew stellt den Antrag der Fraktion BFH vor.

Herr Barbian erläutert den Ablauf, die Arbeiten und das Verfahren der Stadtwerke Homburg im Zusammenhang mit der Trinkwasserkontamination. Nach der Feststellung von Keimen im Trinkwasser sei umgehend das Gesundheitsamt, die Stadtverwaltung und die Universitätsklinik informiert worden. Der gefundene Keim sei ein harmloser Umweltkeim gewesen, und das Gesundheitsamt habe entscheiden müssen, wie das weitere Vorgehen sei. Man hätte sich dann für das Abkochen als Sicherheitsmaßnahme entschieden und eine entsprechende Information an die Presse gegeben. Die lokale Gastronomie und die Standbetreiber auf dem Weihnachtsmarkt seien ebenfalls umgehend informiert worden.

Nach weiterer Verbreitung des Keims im Trinkwassernetz der Stadtwerke Homburg seien auch alle Industriebetriebe informiert worden. Das Wasser sei jedoch zu jeder Zeit trinkbar gewesen. Deshalb habe man sich auch gegen eine Veröffentlichung durch die gängigen Warn-Apps und Lautsprecherdurchsagen durch die Feuerwehr entschieden.

AM Conigliaro fragt nach, was in einem solchen Fall zukünftig geändert werden könne.

Herr Barbian antwortet, dass man zukünftig verstärkt auch die NINA – App in solchen Fällen einsetzen möchte um die Bevölkerung zu informieren. Er ergänzt noch, dass sein Team in einem Jahr ca. 200 geplante Trinkwasserproben entnehme und im Zeitraum der Trinkwasserkontamination 200 zusätzliche Proben genommen habe. Für Januar sei zur Nachbearbeitung noch ein Termin mit dem Gesundheitsamt und der Feuerwehr angesetzt.

BM Rippel ergänzt die Verfahrensweise bei der städtischen Verwaltung. Er habe sofort die Feuerwehr informiert und alle Kindergärten und Schulen in Homburg anru-

fen oder anschreiben lassen.

AM Dr. Mörsdorf beklagt die falschen Informationen durch die Presse, welche in Teilen völlig überzogen hätte.

OB Forster stimmt zu und verweist auf die Verantwortung der Presse, in solchen Fällen sachlich zu berichten und keine unnötige Panik zu verbreiten.